



Seite 2

Jedes Kind in Deutschland soll eine faire Chance erhalten, ein erfolgreiches Leben zu führen. Die CDU legt ein Konzept zur gezielten Förderung aller Kinder vor.



Seite 3

Deutsche Soldaten setzen weltweit ihr Leben für Frieden und Sicherheit ein. Moderne Strukturen sollen helfen, diesen Dienst erfolgreich wahrzunehmen.



Seite 4

Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bereichern unser Land. Durch „Fördern und Fordern“ will die CDU Integration vorantreiben.

CDU-PARTEITAG IN KARLSRUHE

Große Mehrheit für Merkel

STARKES DEUTSCHLAND.



Es war wohl der mit am meisten Spannung erwartete Moment des CDU-Parteitags, als der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus das Ergebnis zur Wahl der Vorsitzenden der CDU bekannt gab: Insgesamt 90,44 Prozent der Delegierten votierten für Angela Merkel. Zwei Frauen werden künftig zu ihren vier Stellvertretern zählen: Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und Bundesbildungsministerin Annette Schavan.

Weitere Stellvertretende Vorsitzende sind Volker Bouffier und Norbert Röttgen. Zum Generalsekretär wurde Hermann Gröhe gewählt.

Angela Merkel hatte zuvor die Ziele der CDU in der Bundesregierung dargelegt: „Die CDU arbeitet engagiert für ein starkes Deutschland. Für starke Familien, starke Kinder und einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und für eine moderne Gesellschaft.“ Dazu brauche es eine Bildungspolitik, die Chancen eröffnet, eine Energiepolitik, die zu-

kunftsweisend ist, gleichzeitig aber aktuelle Aufgaben nicht ignoriert, sowie eine Politik, die Integration schafft, Ältere einbindet und Sicherheit gewährleistet.

Die CDU-Vorsitzende rief ihre Partei auf, selbstbewusst für das „C“ im Parteinamen einzustehen. Das „C“ sei der gemeinsame Kompass, aus dem man nicht nur die ethischen Grundlagen, sondern auch Kraft für das politische Handeln ziehen könne.

Die Bilanz der CDU-geführten Bundesregierung zeige, dass Politik auf dieser Grundlage Lösungen schaffe: Aus über fünf Millionen Arbeitslosen Anfang 2005 seien bis zum Herbst 2010 weniger als drei Millionen geworden.

„Unser Land ist so erfolgreich, dass die Welt von einem deutschen Wunder spricht“, so Merkel. Es sei jedoch vor allem das Ergebnis harter Arbeit. „Das Handeln der CDU ist im Ergebnis überzeugend.“

FORTSETZUNG auf Seite 3

GEMEINSAM. FÜR EIN STARKES DEUTSCHLAND.

ARBEITSMARKT

Aufschwung erreicht alle

Die Arbeitslosigkeit ist im Oktober auf den niedrigsten Stand seit Oktober 1992 gesunken. „Tatsächlich ist ein Trend gebrochen“, schreibt die Berliner Zeitung: „Arbeitslosigkeit trifft nicht mehr Menschen, sondern immer weniger. Wir erleben eine historische Zäsur.“

Die Politik der CDU-geführten Bundesregierungen zeigt Wirkung: Die Auftragslage vieler Unternehmen ist gut. Deutschland hat einen robusten Wirtschaftsaufschwung. „Dies ist ein gemeinsamer Erfolg der tüchtigen Menschen, der Unternehmen, der Gewerkschaften und der Politik in unserem Land“, betont CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Vor allem die Entlastungen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Verlängerung der Regelungen beim Kurzarbeitergeld hätten sich positiv ausgewirkt. Auch das Tempo und die Qualität der



Arbeitsvermittlung in den Jobcentern haben sich stark verbessert.

Mit insgesamt 2,945 Millionen Menschen ohne Arbeit waren im Oktober rund 86.000 weniger arbeitslos als im September; gegenüber Oktober 2009 lag die Zahl um 283.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,0 Prozent.

Erfolg am Arbeitsmarkt erreicht alle

Besonders erfreulich: Der Erfolg am Arbeitsmarkt erreicht alle. Die Jugendarbeitslosigkeit hat den niedrigsten Stand seit 20 Jahren erreicht. Bei Langzeitarbeitslosen und in Ostdeutschland gehen die Zahlen deut-

lich zurück. Die Anzahl der Erwerbstätigen in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre ist deutlich gestiegen. Auch die Zahl der Kurzarbeitenden ist weiter rückläufig.

Die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der CDU-geführten Bundesregierung eröffnet vielen Menschen neue Chancen. Jetzt will die Union dafür sorgen, dass diese positive Entwicklung auch im nächsten Jahr weitergeht. Der stabile Trend spricht dafür. Für das Jahr 2010 wird mit insgesamt 3,4 Prozent Wirtschaftswachstum gerechnet – der stärkste Aufschwung seit der Wiedervereinigung. Gröhe: „Deutschland ist wieder Wachstumslokomotive in Europa.“

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, sieht Deutschland auf einem sehr guten Weg. Gegenüber der BILD-Zeitung betonte er: „Deutschland ist nach Jahren der Flaute nun endlich auf dem richtigen Kurs.“

Liebe beschreiben, liebe Leser

„Gemeinsam. Für ein starkes Deutschland.“ Dieses Motto haben wir als CDU unserem Parteitag in diesem Jahr in Karlsruhe gegeben. Dies gilt aber nicht nur für unseren Parteikongress, sondern auch für unsere Arbeit in Kommunen und Ländern, im Bund sowie in Europa. Hieran haben wir uns orientiert. Dies ist unsere Leitschnur für die künftigen Aufgaben.



Ein Jahr nach Bildung der christlich-liberalen Koalition im Bund können wir stolz auf das gemeinsam Erreichte blicken. Wir halten unser wichtigstes Wahlversprechen: Wir führen Deutschland klug aus der Krise. Wir machen unser Heimatland stark. Gemeinsam wurde viel erreicht: Die Wirtschaft brummt. Mit über drei Prozent Wachstum sind wir die Wachstumslokomotive in Europa. Mit weniger als drei Millionen Arbeitslosen haben wir die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 18 Jahren. Die internationale Presse spricht vom „deutschen Jobwunder“.

An diesem Aufschwung haben viele mitgearbeitet: die tüchtigen Menschen im Land, die Sozial- und Tarifpartner sowie die Bundesregierung unter Führung von Angela Merkel. Diesen Kurs gilt es fortzusetzen. Wir haben Verantwortung übernommen, wo andere sich wegduckten! Wir haben gegen Widerstand Kurs gehalten, wo andere umfallen. Wir haben gehandelt, wo andere nur meckern. Manche Weichenstellung war weder einfach noch bequem. Aber sie war notwendig und richtig.

Vor uns liegen weitere große Aufgaben: Wir wollen die Chancen unserer Kinder weiter verbessern. Wir werden gerade mit Blick auf sie unser Land noch besser auf die Zukunft ausrichten müssen, etwa bei Energie und Umwelt, bei einer nachhaltigen Wirtschaft oder bei der sozialen Sicherung. Und wir werden die Sicherheitspolitik mit unserer Bundeswehr so ausrichten, dass diese ihre Aufgaben weiter erfolgreich meistern kann.

Die CDU macht keine Politik für die politische „Wellness-Oase“, sondern für die Menschen in unserem Vaterland. Der Erfolg gibt uns Recht: Deutschland bleibt auf gutem Weg.

Hermann Gröhe

Hermann Gröhe MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

PERSONALIEN

Norbert Röttgen

Neuer Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen ist Norbert Röttgen. Der gebürtige Mecklenburger wurde auf dem Landesparteitag am 6. November in Bonn mit 92,5 Prozent der Stimmen gewählt, nachdem er zuvor in einer Mitgliederbefragung die meisten Stimmen bekam.

Die nordrhein-westfälische CDU hatte sich nach der Landtagswahl im Mai dazu entschlossen, einen personellen Neuanfang zu starten und mit einer Befragung der Basis eine breite Grundlage für einen neuen Vorsitzenden zu schaffen. Besonders erfreulich war die hohe Wahlbeteiligung. Bei der Mitgliederbefragung hatten sich 52,8 Prozent, insgesamt 83.092 der CDU-Mitglieder, beteiligt.

Norbert Röttgen trat 1982 in die CDU ein. Von 1992 bis 1996 war er Landesvorsitzender der Jungen Union NRW. Seit 1994 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags und war von 2005 bis 2009 der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der

CDU/CSU-Fraktion. Von 2001 bis 2009 war er auch Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen. Seit Oktober 2009 ist Norbert Röttgen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Christian Schwarz-Schilling

Seit 1960 ist Christian Schwarz-Schilling Mitglied der CDU. Er war von 1976 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. In den Kabinetten von Helmut Kohl war er von 1982 bis 1992 Bundesminister: Er leitete bis 1989 das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und ab 1989 das Ministerium für Post und Telekommunikation.

2006 wurde Schwarz-Schilling zum Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina ernannt. Sein Einsatz für Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Jugoslawien-Nachfolgestaaten hat ihm parteiübergreifend großen Respekt eingebracht. Am 19. November begeht Christian Schwarz-Schilling seinen 80. Geburtstag.

CHANCENGESELLSCHAFT

„Faire Chancen – Für jedes Kind“

Rund zehn Millionen Kinder unter 15 Jahren leben in Deutschland. Die meisten leben in intakten Familien, werden von ihren Eltern gefördert und gut ausgebildet. Kurz: Sie werden auf das Leben und seine Herausforderungen vorbereitet.

Doch auch in einem reichen Land wie Deutschland gibt es Kinder, die weniger gute Chancen haben. Oft hängen materielle Armut und fehlende Bildungschancen eng zusammen. Armut ist vielfach verbunden mit gesundheitlichen Problemen sowohl körperlicher als auch seelischer Natur. Sie grenzt aus und mindert Teilhabechancen. Ohne staatliche Unterstützung wären heute etwa doppelt so viele Kinder und Jugendliche armutsgefährdet.

Die unionsgeführte Bundesregierung wird Kinder aus Familien

von Langzeitarbeitslosen mit einem neuen Bildungspaket künftig besser und zielgenauer fördern. Diese Unterstützung soll Kindern und Jugendlichen Aufstiegschancen eröffnen, damit sie auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen haben und ihr Leben selbst gestalten können.

Schlüsselthema: Bildung

Unser Land profitiert doppelt: Denn durch die demografische Entwicklung wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgehen. Im Jahr 2030 werden nur noch 42 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein – heute sind es 50 Millionen. Deswegen ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen nicht nur ein Gebot christdemokratischer Politik, sondern liegt auch im Interesse Deutschlands: „Angesichts der dramatischen demo-



grafischen Entwicklung wird Jede und Jeder gebraucht, um gemeinsam eine gute Zukunft zu gestalten“, so CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. Aber nur wer gut ausgebildet ist hat Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Eine gute Aus- und Schulbildung ist deswegen enorm

wichtig. „Wir stehen vor der Herausforderung, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg zu eröffnen“, sagt Hermann Gröhe. Bildung sei die Chance, Armut aus eigener Kraft zu entkommen. Daher seien

Investitionen in Bildung gut angelegtes Geld: Wo heute gute Bildungsmöglichkeiten für Kinder fehlen, muss die Gesellschaft später viel Geld bereitstellen, um junge Menschen ohne Perspektive dauerhaft zu unterstützen.

Zukunftschancen von Kindern im Mittelpunkt

Deshalb hat die CDU die Kommission „Faire Chancen – Für jedes Kind!“ ins Leben gerufen, in der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und Hermann Gröhe gemeinsam mit Fachpolitikern und Experten von Vereinen und Stiftungen Lösungsvorschläge für diese Probleme erarbeitet haben. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit: „Wir werden die Zukunftschancen von Kindern in den Mittelpunkt stellen. Es kann uns doch nicht kalt lassen,

dass gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten ihr Potenzial oft nicht ausschöpfen. Und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern weil es ihnen an einer Umgebung fehlt, die ihre Neugierde und ihre Lust am Lernen fördert. Diese Kinder müssen wir besser erreichen“, betont Hermann Gröhe.

Zentrale Ziele der CDU: Familien und Kindern helfen, wenn es im Alltag schwerwiegende Probleme gibt. Es geht um Begleitung und Unterstützung: „Unser Grundsatz heißt: Wir unterstützen Eltern dabei, ihrer Verantwortung für ihre Kinder gerecht zu werden“, so Hermann Gröhe.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat für sie schon viel erreicht: Allein das in den Jahren 2009 und 2010 angehobene Kindergeld hat die Armut für rund 1,8 Millionen Kinder verringert.



Rosel Steinbrück, Burgtonna, und Falk Ortlepp, Friedrichroda



Michael Reiß und Boyowa Meyer

MITMACH-AKTION DER CDU

Ideen, Meinungen und Wünsche für unser Land

Unser Land ist liebenswert und vielfältig, „Unser Land braucht mehr Optimisten“ und „Unser Land bietet die besten Chancen für unsere Kinder“. Dies sind nur drei der Beiträge, die bei der Aktion „Unser Land... Wir müssen reden“ eingegangen sind. Seit dem Start der ersten Regionalkonferenz in Wiesbaden Anfang Oktober gibt es die Möglichkeit, eigene Ideen, Hoffnungen und Wünsche für unser Land mitzuteilen.

Michael Reiß und Boyowa Meyer (Foto links) gehörten zu den ersten, die ihr Bekenntnis zu Deutschland abgaben: „Unser Land ist nicht nur schwarz und weiß“, lautet ihre Botschaft. Mittlerweile sind es viele Hundert, die sich mit Text und Foto beteiligt haben. Im Rahmen der Regionalkonferenzen oder online von zu Hause. Und die Bandbreite der



Nachrichten ist groß. Inga Falchi ist überzeugt: „Unser Land bietet eine sichere Zukunft.“ Es „braucht Vertrauen in die eigenen Stärken“, fordert Philipp Schwab. Und Ina Maria Berthold meint einfach: „Unser Land ist weltoffen und freundlich.“

Deutschland hat viel erreicht: Vom Wirtschaftswunder, der Sozialen Marktwirtschaft, der Fried-

lichen Revolution und der Deutschen Einheit bis hin zur Bewältigung der internationalen Wirtschaftskrise. Deutschland gilt vielen in der Welt als Vorbild.

Was muss getan werden, damit Deutschland liebens- und lebenswert bleibt? Wofür stehen das Land und seine Menschen? Was macht Deutschland in der Zukunft aus?

Antworten auf diese Fragen gilt es zu finden. „Es geht um Deutschland, um unsere Heimat und um Ihre Meinung dazu“, fordert CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe in diesem Sinn zur aktiven Teilnahme an der Aktion auf.

Wie kann ich mitmachen?

Teilen auch Sie mit, was unser Land so lebens- und liebenswert macht! Sie können Ihre persönliche Botschaft mitteilen, indem Sie den Satz „Unser Land...“ mit Ihren eigenen Worten ergänzen. Am einfachsten und schnellsten ist es, den eigenen Beitrag unter der Internetadresse www.unserland.cdu.de einzusenden – inklusive der Möglichkeit des Foto-Uploads. In der Galerie sind hier auch alle bisher eingegangenen Beiträge zu sehen.

ENERGIE

Strategie zur Versorgung in der Zukunft

Bereits mit der Ölkrise 1973 wurde die Begrenztheit fossiler Energie deutlich. Seither wurde weltweit verstärkt nach Alternativen zur Energieerzeugung geforscht. Die Entwicklung moderner Windkraft- und Solaranlagen wurde vorangetrieben. Was damals noch Zukunftsmusik war, ist heute eine Selbstverständlichkeit: Windräder gehören zum Landschaftsbild, Solaranlagen sorgen für Wärme und Energie, vor allem in privaten Haushalten, aber auch darüber hinaus. Doch können Erneuerbare Energien eine stabile Versorgung gewährleisten?

Die CDU-geführte Bundesregierung hat als Antwort auf diese Fragestellung eine neue Strategie bis zum Jahr 2050 vorgelegt. Das ehrgeizige Ziel: Deutschland wird eines der energieeffizientesten Länder der Welt. Gleichzeitig sollen die



Energiepreise für private Verbraucher und für die Industrie bezahlbar, der Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig bleiben.

Im Mittelpunkt: Erneuerbare Energien

Im Mittelpunkt des Konzepts stehen die Erneuerbaren Energien. Bis

zum Jahr 2030 soll ihr Anteil von heute 16 auf 50 Prozent, bis 2050 auf 80 Prozent der Stromversorgung steigen.

Um bis dahin Versorgungssicherheit zu gewährleisten, soll die Kernkraft als Brückentechnologie länger genutzt werden können. Dabei geht Sicherheit vor: Die Sicherheitsstandards werden erhöht. Auch soll ein überwiegender Teil der Zusatzenergie an den Staat abgeführt werden – und damit auch dem Ausbau Erneuerbarer Energien dienen.

Heute werden in Privathaushalten 85 Prozent der Energie für Heizung und Warmwasser eingesetzt. Um diese Quote deutlich zu senken, sollen Wärmedämmungen und Heizungserneuerungen unterstützt werden. Denn mit dem Verbrauch sinken die Umweltbelastung – und die Nebenkosten.

KLUG AUS DER KRISE

Klare Regeln für Finanzmärkte

Am 15. September 2008 musste die US-Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz anmelden. Es folgte eine internationale Wirtschaftskrise und Millionen von Arbeitslosen weltweit. Banken, Unternehmen, sogar Staaten wie Griechenland und Island gerieten an den Rand des Bankrotts. Wesentliche Ursachen waren übertriebener Konsum „auf Pump“ sowie ungezügelter Spekulationen um Immobilien und Wertpapiere, deren einziger Zweck es war, kurzfristig möglichst große Gewinne zu erzielen.

Strengere Vorschriften

Rund zwei Jahre nach ihrem Ausbruch ist Deutschland bei der Bewältigung der Krise gut vorange-



kommen. Seitens der Regierung wurden wichtige Lehren aus der Finanzmarktkrise gezogen. Strengere Vorschriften sorgen dafür, dass auch für Kreditinstitute wieder gilt: Wer die Freiheit will, mit riskanten Geschäften hohe Gewinne zu machen, muss für Verluste selbst einstehen! In Deutschland wurden unter anderem sogenannte Leerverkäufe

verboten, das heißt bestimmte Wertpapiere zu verkaufen, solange diese dem Verkäufer nicht gehören. Der Bundestag hat ergänzend ein Gesetz verabschiedet, das der Bankenaufsicht weitgehende Eingriffsrechte für ins Wanken geratene Banken gewährt. Die CDU/CSU-Fraktion setzte auch weitreichendere Möglichkeiten zur Begrenzung von Gehältern durch. „Eine der größten Finanzreformen seit Jahrzehnten“, schrieb „Die Welt“.

Auf EU-Ebene wird es ab 2011 neue Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Wertpapier-Dienstleister geben. Schon Anfang September wurden strengere Kapital- und Liquiditätsvorschriften für Finanzinstitute beschlossen. Die Bundesregierung kämpft außerdem darum, weltweit einheitliche Finanzmarktregeln zu bekommen.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Deutschland muss Verlässlichkeit bieten

Wie können wir die Aufgaben der Zukunft bewältigen? Wie schaffen wir die Integration der Zuwanderer? Wie können wir unseren Kindern eine erfolgreiche Zukunft ermöglichen? Wie können wir Sicherheit gewährleisten? In Deutschland, in Europa und in der Welt.“ Vor 1001 Delegierten, über 1000 Gästen und noch einmal so vielen Medienvertretern stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen des CDU-Parteitag in Karlsruhe die Kernaufgaben der kommenden Jahre dar.

Mit Blick auf die Demonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 argumentierte die Bundeskanzlerin, dass Wohlstand immer wieder neu erarbeitet werden müsse. Vor allem gelte: „Deutschland muss Verlässlichkeit bieten.“ Was demokratisch entschieden sei, müsse auch für alle bindend sein. Deutschland solle auch in Zukunft Industrieland bleiben.

Verantwortung übernehmen

Angesichts der Proteste um die Castor-Transporte rund um Gorleben betonte Merkel: „Ein Industrieland braucht eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung. Wir wollen das Zeitalter der Erneuerbaren Energien erreichen.“ Die christlich-liberale Bundesregierung sei die erste, die dies konsequent, an den Anforderungen orientiert, angehe. Dazu gehöre auch, Verantwortung für Altlasten zu übernehmen.

Für ein starkes Deutschland müsse heute eine zukunftsfähige wirtschaftliche Basis geschaffen werden. Grundlage dafür ist eine solide Haushaltspolitik. Merkel forderte, dazu müssten die Haushalte konsolidiert und die Steuer vereinfacht werden. „Dann können wir Steuern senken“, so Merkel.

Die Bundeskanzlerin machte deutlich, dass die Rente mit 67 nötig sei. „Aber sie wird nur Akzeptanz finden, wenn auch jeder in der betroffenen Altersgruppe eine realistische Chance auf dem Arbeitsmarkt hat.“ Arbeitslosigkeit dürfe nicht zum le-



benslangen Zustand werden. „Hartz IV ist eine Brücke in die Beschäftigung.“ Ende 2010 gebe es zum ersten Mal seit langem wieder die Aussicht, dass jeder Arbeit finden könne.

Voraussetzung dafür sei, dass jedes Kind eine Chance auf Bildung bekomme. Aufstieg und Bildung müssen für jeden möglich, Bildungsabschlüsse vergleichbar sein. „Schule muss für die Kinder da sein, nicht die Kinder für die Schule.“

Weltoffen und tolerant

Deutschland sei ein weltoffenes Land. „Zusammenleben braucht aber Spielregeln“, betonte Merkel. Hier-

zu gehörten „eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Basis von Gesetzen und Regeln.“ Zuwanderer müssten Deutsch lernen und unsere Gesetze und Werte achten. „Wer das tut, ist uns ausdrücklich willkommen!“

Merkel machte deutlich, dass ein handlungsfähiger Staat seine Bürger schützen muss. CDU und CSU sind und bleiben die Parteien der Inneren Sicherheit. „Für uns gibt es keine rechtsfreien Räume. Weder auf den Straßen noch im Internet“, betonte die CDU-Vorsitzende. Deutschland brauche aber neue Strukturen und Möglichkeiten – im Inneren wie für die Bundeswehr.

ECKPUNKTE DES PARTEITAGS

Drei Anträge des Bundesvorstandes hat die CDU auf ihrem Parteitag in Karlsruhe auf der Tagesordnung.

1. Im Antrag „**Faire Chancen für jedes Kind!**“ werden wichtige Schritte festgelegt, wie alle Kinder ungeachtet ihrer sozialen Herkunft bessere Chancen bekommen können. Bildung und Ausbildung stehen dabei im Mittelpunkt.

2. Mit dem Antrag „**Zukunft der Bundeswehr**“ werden nach intensiver Diskussion innerhalb der Partei und mit Fachleuten die Weichen für eine Neuausrichtung der Bundeswehr gestellt.

3. Der Antrag „**Verantwortung Zukunft**“ formuliert zentrale Aufgaben, um Deutschland zukunftsfähig auszurichten.

Alle Anträge und Beschlüsse stehen unter www.cdu.de.



Thore Trampenau, Bad Schwartau



Heide Graf-Saile, Pfedelbach

CDU-JUBILÄEN

Freiheit und Einheit

Der Auftritt von Helmut Kohl beim CDU-Jubiläum in Berlin war bewegend. Der Altbundeskanzler erinnerte am 1. Oktober an den Vereinigungsparteitag der CDU Deutschlands vor 20 Jahren: „Nach über vier Jahrzehnten der Trennung wurden wir eine Partei, eine CDU für ganz Deutschland.“ Kohl machte deutlich, dass die mit der Gründung der Partei verbundene Botschaft bis heute Bestand habe: „Die CDU steht auf einem festen Wertefundament von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.“ Dies mache auch für



die Zukunft der Partei zuversichtlich: „Ich bin voller Optimismus für unsere Zukunft, weil die Herausforderungen zu bewältigen sind.“

Den Mut und die Tatkraft der Gründer der CDU würdigte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei der Festveranstaltung „60 Jahre Grün-

ungsparteitag der CDU Deutschlands“ am 23. Oktober in Goslar. Ohne diesen Mut wäre es vor 60 Jahren nicht möglich gewesen, Deutschland zu gestalten und voranzubringen.

„Wille und Kraft für Gemeinsamkeit, die Nähe zum Menschen“ und der Mut zu unpopulären Entscheidungen machten die CDU heute genauso aus wie damals, so Merkel. Die CDU setze auf Freiheit in Verantwortung und sei dem Wohlergehen der Menschen verpflichtet. „Wir übernehmen Verantwortung. Wir wurden gewählt, um zu handeln.“

INTERVIEW MIT VOLKER KAUDER

Klares Bekenntnis zu christlichen Werten



tergrund noch deutlicher machen, dass eine Gesellschaft, die sich auf diese Werte gründet, eine bessere als die ist, die diese Werte außer Acht lässt.

An welchen konkreten politischen Projekten beweist sich die christliche Wertorientierung der CDU?

Volker Kauder: Derzeit reformieren wir beispielsweise die Hartz-IV-Gesetze. Weil der Mensch zur Freiheit geboren ist, wie es in der Bibel heißt, darf unser Ziel nicht die dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr muss es darum gehen, dem in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit zu ermöglichen. Von diesem Ziel haben wir uns auch bei der Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende leiten lassen. Wir erhöhen die Regelsätze nur leicht, investieren mit einem Bildungspaket aber kraftvoll in die Fähigkeiten der Kinder. Eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes setzt sich zudem mit Nachdruck für die Familie und die Achtung der Menschenrechte ein.

Wie christlich muss man sein, um in der CDU mitarbeiten zu können?

Volker Kauder: Die CDU ist keine klerikale Partei. Jeder ist eingeladen, bei uns mitzuwirken. Er muss sich aber zu unseren Werten bekennen. Wie gesagt: Sie sind aktueller denn je!

Weitere Informationen finden Sie unter www.cdu.de.

Kritiker sagen: „In einer immer stärker säkularisierten Gesellschaft ist es für eine Partei nicht mehr zeitgemäß, ein „C“ im Namen zu tragen.“ Was antworten Sie darauf?

Volker Kauder: Die Gründung der CDU vor 60 Jahren war eine Antwort auf die Gräueltaten des Nationalsozialismus. Mit dem „C“, dem Bekenntnis zum christlichen Menschenbild, dokumentierten die Gründer unserer Partei, dass nie wieder eine menschenverachtende Ideologie die Menschen ins Verderben führen sollte. Politik sollte eine feste, klare Richtschnur haben. Der Gedanke ist auch im 21. Jahrhundert hochaktuell, auch wenn wir heute vor anderen Herausforderungen stehen. Die Globalisierung fordert von uns ständige Veränderung. Der Druck auf die Menschen erhöht sich. Aber gerade deshalb benötigen wir auch heute in der Politik ein festes Wertefundament, das über Hunderte von Jahren gewachsen ist.

Haben Sie das Gefühl, das „C“ im Namen der CDU ist über die Jahre hinweg verblasst? Ist eine christliche Grundhaltung in der Politik heute noch so wichtig wie vor einigen Jahrzehnten?

Volker Kauder: Die christliche Grundhaltung führt zur Demut und Bescheidenheit. Von diesem Gedankensollte sich die Politik heute genauso leiten lassen, wie vor 60 Jahren. Für mich ist erfreulich zu beobachten, dass wir gerade in der CDU in letzter Zeit eine Rückbesinnung auf unsere geistigen Wurzeln erleben.

Kann man mit dem „C“ im Namen Wähler gewinnen?

Volker Kauder: Unter den Bürgern haben christliche Werte wie Freiheit, Solidarität und Nächstenliebe einen hohen Stellenwert. Das „C“ in unserem Parteinamen weist auf unsere Verbundenheit mit diesen Werten hin. Das „C“ ist also auch aus diesem Grund zeitgemäß. Übrigens: Wir sollten vor diesem Hin-

BUNDESWEHR

Strukturen verändern, Sicherheit bewahren

Wenn deutsche Fregatten vor der Küste Somalias im Einsatz sind, ist dies keine Seeübung. Die EU-Mission Atalanta ist ein Einsatz gegen Piraterie am Horn von Afrika. Ob vor Somalia, vor dem Libanon, auf dem Balkan oder in Afghanistan – deutsche Soldaten setzen Leib und Leben fern der Heimat für Frieden und Sicherheit ein.

Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich seit dem En-

de des Kalten Krieges dramatisch verändert. Aus dem Frontstaat im geteilten Europa wurde ein Land, das ausschließlich von Freunden umgeben ist. Aus einer Armee der Landes- und Bündnisverteidigung wurde eine Armee im Einsatz.

Neue Herausforderungen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Bundeswehr bereits zahlreiche Reformen durchlaufen.

Heute bedeutet Verteidigung die Abwehr und Bekämpfung von Gefahren, Instabilitäten und Bedrohungen am Ort ihres Entstehens. Auf diese Herausforderungen muss die Bundeswehr vorrangig ausgerichtet werden.

Wehrpflicht aussetzen

Die CDU Deutschlands spricht sich deshalb für die Aussetzung der Wehrpflicht aus. Damit einherge-



hen soll eine weitere Modernisierung der Streitkräfte. Über einen freiwilligen Wehrdienst und die Steigerung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften sollen qualifizierte junge Frauen und Männer für die Bundeswehr gewonnen werden. Dabei bleibt das

Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ auch weiter der Maßstab.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht entfällt auch der Zivildienst als Ersatzdienst. Deshalb sollen gerade auch im sozialen Bereich freiwillige Dienstmöglichkeiten gestärkt, neu entwickelt und attraktiv gestaltet werden. Die CDU unterstützt dazu das Konzept von Bundesministerin Kristina Schröder für einen freiwilligen Zivildienst.

NEUREGELUNG DER „HARTZ-IV“-SÄTZE

Eine Brücke für schwierige Zeiten

Viel wurde über die Hartz-IV-Reform diskutiert – so viel, dass das eigentliche Ziel der staatlichen Unterstützungsleistung manchmal aus dem Blick geriet. Genau aus diesem Grund rückt Bundeskanzlerin Angela Merkel den Kerngedanken immer wieder in den Fokus: „Wir müssen mehr Menschen, die langzeitarbeitslos sind, wieder in Arbeit bringen“, so die CDU-Vorsitzende. Hartz IV sei „eine Brücke für eine schwierige Zeit des Lebens“, kein Dauerzustand.

Für die CDU bleibt bei einer Reform der Hartz-IV-Regelungen genau diese Leitidee maßgeblich. Die Reform ist nötig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil unter anderem die von Rot-Grün eingeführte Methode moniert hatte, wie die Höhe der Hilfen für Kinder zu berechnen ist. Beschlossen werden sollen die Gesetzesänderungen noch in diesem Jahr; bereits 2011 sollen sie in Kraft treten. Nach den derzeit diskutierten Vorschlägen soll der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene auf 364 Euro im Monat steigen – das sind fünf Euro mehr als bisher. Dabei wur-

den Ausgaben für Tabak und Alkohol nicht berücksichtigt, einige Posten, wie Internetzugang und Praxisgebühr, kamen dagegen hinzu.

Orientiert hat sich das Bundesarbeitsministerium bei der Berechnung streng an den breit angelegten Untersuchungen des Statistischen Bundesamts zum tatsächlichen Existenzminimum in Deutschland. Dabei, erläutert die zuständige Ministerin Ursula von der Leyen, habe die Politik auch Wertentscheidungen treffen müssen. Für die Bundesregierung gehörten „zum Beispiel Flugreisen, Glücksspiel, Alkohol, Tabak oder illegale Drogen“ nicht zum Existenzminimum.

Ein Paket für Bildung, Kultur und Sport

Besonders am Herzen liegt Ursula von der Leyen das Bildungspaket, mit dem bedürftige Kinder mit insgesamt rund 700 Millionen Euro pro Jahr unterstützt werden sollen. Bekommen sollen das Paket nicht



nur Kinder von Langzeitarbeitslosen, sondern auch Kinder von Geringverdienern.

Zum Paket können ein warmes Schulmittagessen, Schulmaterial oder Nachhilfeunterricht gehören. Auch Unterstützung für Sport in Vereinen oder Musikunterricht kann dazu gehören. „Dass wir nicht mehr länger nur Geld auszahlen, sondern uns kümmern, dass die Leistungen direkt zum Kind kommen, bedeutet einen Riesenschritt für die mittelfristigen Bildungs- und damit die Aufstiegschancen bedürftiger Kinder“, betont von der Leyen. Denn das Ziel des Bildungspakets ist klar: Alle Kinder müssen die gleichen Chancen bekommen – unabhängig vom Einkommen der Eltern.



Sabine Masing, Berlin



Hans-Georg Gerling, Bremen

INTEGRATION

Fördern und Fordern statt Multi-Kulti

Im Fernsehen lachen wir mit Kaya Yanar und Bülent Ceylan. Wir schauen Serien wie „Alle lieben Jimmy“ und „Türkisch für Anfänger“. Sami Khedira und Mesud Özil, Lukas Podolski und Jerome Boateng sind Stars unserer Fußball-Nationalelf. Über 500 000 Unternehmer mit Zuwanderungshintergrund schaffen Arbeitsplätze in Deutschland. Unser Land profitiert von den Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die hier arbeiten, im Verein aktiv sind und sich ehrenamtlich engagieren.

Integrations-Verweigerung

Es gibt aber auch die andere Seite: Hartnäckige Integrations-Verweigerer, die sich von ihrer deutschen Umgebung abschotten. Menschen, die unsere Gesellschaft ablehnen. Oft mit unzureichenden Sprachkenntnissen, ohne Schulabschluss und ohne Perspektive. In den letzten Jahrzehnten sind Bereiche in unserer Gesellschaft entstanden, aus denen sich Deutsche aus Sorge um ihre Sicherheit und um die Ausbildung ihrer Kinder zunehmend zurückziehen. Die CDU nimmt diese Sorgen sehr ernst und führt die Debatte offen und ehrlich.



„Bei Bildung und Ausbildung haben überdurchschnittlich viele Zuwanderer Schwierigkeiten“, betonte Innenminister Thomas de Maizière gegenüber der Osnabrücker Zeitung. Das Wissen um unsere Kultur und die Kenntnis unserer Sprache seien aber Voraussetzung für gelingende Integration. Sprachstandstests vor der Einschulung und Sprachförderung gehörten in CDU-regierten Bundesländern deshalb zum Standard. Einfache Sprachkenntnisse müssten auch beim Nachzug ausländischer Ehegatten nachgewiesen werden.

Fördern und Fordern

Die CDU will die Bemühungen beider Seiten auch künftig aktiv unterstüt-

zen. Sie will „Fördern und Fordern“. Wer nach Deutschland kommt, muss im Regelfall für sich selbst aufkommen können. Geregelter Zuwanderung muss daher gewährleistet, dass die Betroffenen reelle Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Im Heimatland erworbene Berufsqualifikationen sollen dazu besser anerkannt werden. Wer sich der Integration hingegen dauerhaft verweigert, muss mit Leistungskürzungen rechnen.

„Die große Mehrheit der Zuwanderer ist gut integriert“, betont de Maizière. Sie haben Arbeit, sprechen unsere Sprache, halten sich an die Gesetze und respektieren unsere Kultur und unsere Werte. „Sie haben in Deutschland ihre Heimat gefunden.“

VIRTUELLE REGIONALKONFERENZ

Die Basis fragt

Insgesamt rund 13 000 Besucher zählten die sieben Regionalkonferenzen der CDU Deutschlands, die von Oktober bis November in ganz Deutschland stattfanden. In prall gefüllten Hallen stellte sich die Parteispitze dem offenen Dialog mit den Mitgliedern zu aktuellen Themen. Doch nicht alle Mitglieder hatten die Gelegenheit, an einer der Veranstaltungen teilzunehmen. Grund genug für die CDU, neue Wege bei der Mitgliederbeteiligung zu gehen: Mit der „Virtuellen Regionalkonferenz“ bot die CDU auch im Internet ein Forum für Fragen und Anmerkungen.



Im Mitgliedernetz www.cdunet.de konnten Mitglieder ihre Fragen an die Parteiführung richten. Andere Mitglieder konnten die Fragen ihrerseits bewerten. Die zehn Fragen mit den höchsten Bewertungen beantwortete die CDU-Vorsitzende

Angela Merkel in einem Video-Interview auf www.cdu.tv. „Wir wollten, dass sich möglichst viele Mitglieder in diese wichtige gemeinsame Diskussion einbringen“, erklärte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe zu dem Projekt. Die Fragesteller spannten auch im Internet thematisch einen weiten Bogen: Von der Integrationspolitik über die Zukunft der Bundeswehr bis hin zum Profil der CDU. „Diese engagierte Beteiligung im Internet zeigt, wie bereichernd die Diskussionskultur in der Volkspartei CDU ist“, betonte Gröhe. „Wir werden auch künftig auf solche Beteiligung setzen.“

BÜRGERDIALOG NACHHALTIGKEIT

Ideen für die Zukunft

Wo steht Deutschland in puncto Nachhaltigkeit – wenn es also darum geht, Wirtschaft, Soziales und Umwelt in Einklang zu bringen? Was ist wichtig für die Zukunft unseres Landes – im Sinne einer nachhaltigen Politik? Dies waren zwei der Fragen im Online-Portal zum Bürgerdialog Nachhaltigkeit der Bundesregierung. Doch worum geht es dabei?



Der intensive Dialog und das gemeinsame Engagement sind feste Bestandteile des Nachhaltigkeitsgedankens. „Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, mitzumachen“, so Merkel. Die Bundesregierung will deren Ideen, Forderungen und Standpunkte auswerten und in ihren geplanten Entwurf für einen Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie einfließen lassen.

Der Mitmach-Aspekt war der Bundesregierung besonders wichtig. Jeder konnte die Beiträge anderer lesen, kommentieren und unterstüt-

zen und selbst eine Stellungnahme abgeben. Alle Beiträge fließen in die Arbeiten am Entwurf für den nächsten Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ein. Auch nach dem Dialogprozess bleibt die Website www.dialog-nachhaltigkeit.de online.

In einer zweiten Phase ab Sommer 2011 wird der erste Text für den nächsten Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls zur Diskussion gestellt. Voraussichtlich Anfang 2012 wird das Bundeskabinett den neuen Fortschrittsbericht abschließen.

Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln

Die Bundesregierung will Antworten auf die Frage finden, wie zukunftsweisende Entwicklungen dauerhaft und nachhaltig umgesetzt werden können. „Nachhaltigkeit bedeutet, heute Entscheidungen für die Menschen zu treffen, die künftige Generationen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten nicht einschrän-

NEUER PERSONAL AUSWEIS

Sicherheit für die Internet-Gesellschaft

Ob Ebay oder Amazon, Kaiser's oder EDEKA24 – immer mehr kaufen wir über das Internet. E-Government, also „Behördengänge“ über das Internet, macht den Gang zum Rathaus zunehmend überflüssig. Von Flugreisen bis zur Veranstaltung – Tickets gibt es online.

In der Informationsgesellschaft liegen große Chancen – auch und gerade für die öffentliche Verwaltung. Die CDU wird daher E-Business und E-Government weiter fördern. Hierzu gehört auch der neue Personalausweis im Scheckkartenformat, der seit dem 1. November 2010 ausgegeben wird.

Verlagerung ins Netz

Viele Bürger nutzen ihren Ausweis schon jetzt beim Eröffnen eines Bankkontos, beim Erwerb von altersbeschränkten Waren oder beim Abholen von Einschreiben bei der Post. Viele Geschäfte des alltäglichen Lebens verlagern sich jedoch inzwischen in das Internet.

Einen Standard-Identitätsnachweis für die Online-Welt gab es bislang nicht. Mit dem neuen Ausweis wird diese Lücke geschlossen.



Ausweis für sichere Kommunikation

Die Online-Ausweisfunktion schafft die Voraussetzungen für sichere Kommunikation zwischen Bürgern, Verwaltung und Unternehmen im Internet. Beim Online-Einkauf verschafft sie die Gewissheit, dass das Gegenüber im Internet auch wirklich derjenige ist, für den er sich ausgibt. Mit der Unterschriftsfunktion können einfach und bequem online Verträge, Anträge und Urkunden unterzeichnet werden, die sonst nur per Schriftform rechtsverbindlich wären.

Der neue Ausweis enthält zahlreiche Sicherheitsmerkmale, die ihn zu einem der fälschungssichersten Do-

kumente der Welt machen. Im Chip sind die aufgedruckten Daten und das Lichtbild digital abgelegt. Zusätzlich ist es möglich, zwei Fingerabdrücke als freiwilliges Merkmal aufzunehmen. Jeder Bürger kann frei entscheiden, ob er dies möchte. Die Kombination von Foto und Fingerabdruck macht es Unberechtigten sehr viel schwerer, den Personalausweis – z.B. nach einem Diebstahl oder bei Verlust – zu missbrauchen. Mit Hilfe dieser Biometriefunktion wird die Identität des Ausweisinhabers geschützt. Wichtig ist: Das digitale Foto und die Fingerabdrücke sind nur hoheitlichen Stellen wie Polizei und Grenzbeamten zugänglich. Der Bereich, in dem diese Daten gesichert sind, ist besonders geschützt.